

Volz, Joachim

Article

Schwierige Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Volz, Joachim (2003) : Schwierige Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 70, Iss. 29, pp. 467-474

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151236>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Schwierige Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum

Joachim Volz
jvolz@diw.de

Seit mehr als zwei Jahren nimmt das aggregierte Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum zu. Zum ersten Mal seit 1996 hat sich nunmehr auch der Bruttoschuldenstand erhöht. Die Abgabenquote ist in den letzten zwei Jahren gesunken, die Ausgabenquote gestiegen. Hierin spiegelt sich konjunktur-entsprechend vor allem das Wirken der automatischen Stabilisatoren, insbesondere der Anstieg der sozialen Leistungen für Arbeitslose.

Die Hoffnungen auf eine wirtschaftliche Erholung im Euroraum wurden bisher enttäuscht. In den revidierten Stabilitätsprogrammen wurden die Ziele bereits fast ausnahmslos schon bescheidener als zuvor formuliert. Dennoch kommt es in mehreren Ländern zu deutlichen Zielverfehlungen. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, den Europäischen Stabilitätspakt konjunkturgerecht auszulegen und zu reformieren, damit er die Basis für wirtschaftliches Wachstum, z. B. solide Staatsfinanzen, stärkt und nicht unterhöhlt.

Andauernde Konjunkturflaute verschärft Konsolidierungsprobleme

Der finanzpolitische Konsolidierungsprozess in der Europäischen Union (EU) hat sich nach dem Jahr 2000, als es erstmals nach vielen Jahren wieder zu einem annähernden Ausgleich der öffentlichen Haushalte insgesamt gekommen war, nicht fortgesetzt. Im Gegenteil: Seit 2001 haben sich die Finanzierungsdefizite sowohl in der EU insgesamt als auch im Euroraum (EWU) spürbar erhöht;¹ auch die öffentlichen Bruttoschulden sind wieder leicht gestiegen (Tabelle 1).

Diese „Wende“ ist in erster Linie konjunkturbedingt. Vielfach hatten die nationalen Regierungen ihre Konsolidierungsstrategien an zu optimistischen Wachstumserwartungen orientiert, so dass sich die Ziele in den Stabilitätsprogrammen als zu ambitioniert erwiesen. Um einer noch stärkeren Zielverfehlung entgegenzutreten, kam es teilweise zu einem prozyklischen finanzpolitischen Gebaren, bei dem aufgrund von zusätzlichen Einnahmeerhöhungen und/oder Ausgabenkürzungen letztlich auch die Basis für eine weitere Konsolidierung – nämlich ein ausreichendes Wirtschaftswachstum – erodierte. So wurden in den letzten zwei Jahren in den meisten EWU-Ländern trotz konjunktureller Abschwächung öffentliche Gebühren und teilweise auch Steuern erhöht oder neu eingeführt. Zugleich verstärkte sich generell der Trend zu individuellen Leistungskürzungen im sozialen Bereich. Damit wurde die konjunkturstützende Wirkung der automatischen Stabilisatoren abgeschwächt.

¹ Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen, die im Wesentlichen in die Jahre 2000 und 2001 fielen, bleiben hier unberücksichtigt, da ihre Einbeziehung aus konjunkturanalytischer Sicht zu Fehlinterpretationen führen würde.

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 29/2003

70. Jahrgang / 17. Juli 2003

Inhalt

Schwierige Lage der öffentlichen Finanzen im Euroraum Seite 467

Zahlenbeilage

Unkorrigiert!

SPERRFRIST:

Mittwoch, 16. Juli 2003, 17 Uhr

A 22127 C

Tabelle 1

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den Ländern der Europäischen Union

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bruttoschulden¹									
Deutschland	59,8	61,0	60,9	61,2	60,2	61,8	64,3	67,5	69,3
Frankreich	57,1	59,3	59,5	58,5	57,2	56,8	59,1	60,9	62,1
Italien	122,1	120,2	116,3	114,9	110,6	109,5	106,7	106,6	106,4
Spanien	68,1	66,6	64,6	63,1	60,5	56,9	54,0	52,5	51,5
Niederlande	75,2	69,9	66,8	63,1	55,8	52,8	52,6	53,0	53,0
Belgien	130,2	124,8	119,6	114,9	109,6	108,5	105,3	102,5	100,5
Österreich	69,1	64,7	63,7	67,5	66,8	67,3	68,7	68,5	68,0
Finnland	57,0	54,0	48,6	47,0	44,5	43,8	42,7	41,5	40,5
Griechenland	111,3	108,2	105,8	105,1	106,2	107,0	104,9	103,0	101,5
Portugal	62,9	59,1	55,0	54,3	53,3	55,6	58,1	60,0	60,5
Irland	74,1	65,0	54,9	49,3	39,3	36,8	33,3	32,5	31,5
Luxemburg	6,2	6,1	6,3	6,0	5,6	5,6	5,3	5,5	5,5
Euroraum²	76,1	75,4	73,7	72,7	70,2	69,9	70,2	71,2	71,7
Großbritannien	52,3	50,8	47,7	45,1	42,1	38,9	38,4	39,0	39,8
Schweden	73,5	70,5	68,0	62,7	52,8	54,4	52,4	50,9	49,5
Dänemark	65,1	61,2	56,2	53,0	47,4	45,4	45,2	42,7	39,9
Europäische Union²	71,5	70,6	68,5	67,1	64,2	63,4	63,4	64,3	64,7
<i>Nachrichtlich: USA</i>	74,5	71,9	68,8	65,7	59,9	60,1	61,0	62,3	63,5
Finanzierungssaldo¹									
Deutschland	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	-1,4	-2,8	-3,6	-3,7	-3,0
Frankreich	-4,1	-3,0	-2,7	-1,8	-1,4	-1,6	-3,1	-3,6	-3,3
Italien	-7,1	-2,7	-3,1	-1,7	-1,8	-2,6	-2,3	-2,7	-3,0
Spanien	-5,0	-3,2	-3,0	-1,2	-0,9	-0,1	-0,1	-0,5	-0,3
Niederlande	-1,8	-1,1	-0,8	0,7	1,5	0,1	-1,1	-1,9	-1,8
Belgien	-3,8	-2,0	-0,7	-0,5	0,1	0,3	0,1	-0,5	-0,3
Österreich	-4,0	-2,0	-2,5	-2,3	-1,9	0,2	-0,6	-1,5	-1,2
Finnland	-3,0	-1,3	1,5	2,0	6,9	5,1	4,7	3,2	2,5
Griechenland	-7,4	-4,0	-2,5	-1,8	-1,9	-1,9	-1,2	-1,2	-1,0
Portugal	-4,8	-3,6	-3,2	-2,8	-3,2	-4,2	-2,7	-3,6	-3,2
Irland	-0,1	1,4	2,3	2,0	4,3	1,1	-0,1	-0,8	-1,1
Luxemburg	1,9	3,2	3,0	3,5	6,1	6,4	2,6	-0,5	-0,3
Euroraum²	-4,3	-2,6	-2,3	-1,3	-1,0	-1,6	-2,2	-2,6	-2,4
Großbritannien	-4,4	-2,2	0,2	1,1	1,6	0,8	-1,3	-2,5	-2,5
Schweden	-2,9	-1,7	2,3	1,5	3,4	4,5	1,3	0,8	1,2
Dänemark	-1,0	0,4	1,1	3,3	2,6	2,8	2,0	1,8	2,1
Europäische Union²	-4,2	-2,4	-1,6	-0,7	-0,3	-0,9	-1,9	-2,4	-2,2
<i>Nachrichtlich: USA</i>	-2,2	-1,0	0,3	0,7	1,5	-0,5	-3,4	-4,8	-4,6
Finanzierungssaldo ohne Zinsen¹									
Deutschland	0,3	0,9	1,4	2,0	2,0	0,5	-0,4	-0,5	0,3
Frankreich	-0,2	0,7	0,9	1,4	1,7	1,5	0,0	-0,4	0,1
Italien	4,4	6,7	5,2	5,0	4,7	3,8	3,4	2,6	2,1
Spanien	0,3	1,6	1,3	2,3	2,4	3,0	2,8	2,1	2,2
Niederlande	3,8	4,1	4,0	5,2	5,4	3,6	2,1	1,1	1,1
Belgien	5,1	6,0	6,9	6,5	6,9	6,8	6,1	5,0	4,6
Österreich	0,4	2,0	1,4	1,3	1,7	3,8	2,9	2,0	2,2
Finnland	1,3	2,9	5,1	5,1	9,8	7,8	6,9	5,4	4,6
Griechenland	3,1	4,2	5,3	5,4	5,1	4,4	4,3	4,0	3,9
Portugal	0,6	0,6	0,3	0,4	0,0	-1,1	0,3	-0,5	-0,2
Irland	4,5	5,2	5,8	4,5	6,3	2,6	1,2	0,7	0,4
Luxemburg	2,3	3,5	3,4	3,8	6,4	6,7	3,0	-0,3	-0,1
Euroraum²	1,5	2,6	2,5	2,9	3,1	2,3	1,5	0,9	1,2
Großbritannien	-0,7	1,5	3,8	4,0	4,4	3,2	0,7	-0,5	-0,4
Schweden	3,7	4,6	7,8	6,1	7,4	7,8	4,2	3,5	3,8
Dänemark	5,1	6,1	6,4	8,0	6,8	6,7	5,6	5,1	5,3
Europäische Union²	1,2	2,5	3,0	3,3	3,5	2,7	1,5	0,8	1,1
<i>Nachrichtlich: USA</i>	2,5	3,5	4,6	4,6	5,2	2,9	-0,4	-1,9	-1,6

¹ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

² Summe der Länder: Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in Euro.

Quellen: Europäische Kommission; für Deutschland 2001 und 2002 Berechnungen des DIW Berlin; 2003 und 2004: für Bruttoschulden und Finanzierungssaldo in den EWU-Ländern Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Unter den großen europäischen Volkswirtschaften verfolgt lediglich Großbritannien einen antizyklischen finanzpolitischen Kurs. Die in diesem Land wegen diskretionärer Maßnahmen stark expandierenden öffentlichen Ausgaben sind der wesentliche Grund dafür, dass der negative „Swing“ in den Salden der öffentlichen Haushalte der EU insgesamt von 2000 bis 2003 mit 2,1 Prozentpunkten deutlich stärker ausfällt als in der EWU mit 1,6 Prozentpunkten.²

Die Problematik der Staatsverschuldung liegt weniger im Schuldenstand als in der Zinslast, die den „Spielraum“ für eine gegebenenfalls notwendige antizyklische Finanzpolitik einengt. Tatsächlich sind die Zinssätze in Europa seit 2001 deutlich gesunken. Dabei haben sich die Zinszahlungen zur Bedienung der staatlichen Verschuldung trotz einer wieder leichten Erhöhung des Schuldenstandes noch etwas reduziert. Längerfristig zeigt die Entwicklung der Zinslast in den einzelnen Ländern der EWU durchaus markante Unterschiede. Von 1996 bis 2003 verringert sie sich – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – für die EWU insgesamt von 5,7% auf etwa 3,6% (für Italien sogar von 11,5% auf etwa 5,3%), während sie für Deutschland mit heute rund 3,2% gegenüber damals 3,7% nur geringfügig niedriger liegt. Dabei ist aller-

dings zu berücksichtigen, dass einerseits Italien mit der Einführung des Euro in besonders starkem Maße von einer Senkung der Zinssätze profitierte, Deutschland andererseits weiterhin die Lasten aus der Vereinigung zu tragen hat. Die so genannte Primärbilanz der öffentlichen Haushalte, die dem Finanzierungssaldo abzüglich der Zinszahlungen entspricht und damit aus der Vergangenheit stammende Belastungen der Haushalte ausklammert, ist in der EWU weiterhin – mit gegenwärtig gut 1 Prozentpunkt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – positiv geblieben.

Sinkende Abgaben – steigende Ausgaben

Die öffentlichen Abgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Abgabenquote) gingen in der EWU deutlich zurück (Tabelle 2). Dazu trugen auch die umfangreichen Steuerreformen mancher Länder in den Jahren 2000/2001 bei. Sie haben die Konjunktur im Jahre 2001 insgesamt gestützt. Danach haben die automatischen Stabilisatoren während der Konjunkturfurche allenfalls dafür gesorgt, dass von der Finanzpolitik keine oder zumindest keine zusätzlichen restriktiven Wirkungen ausgingen.

² Jeweils in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 2

Staatseinnahmen¹ in den Ländern der Europäischen Union

In % des Bruttoinlandsprodukts

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamteinnahmen des Staates									
Euroraum	47,2	47,6	47,1	47,5	47,2	46,6	46,1	46,1	45,9
Europäische Union	46,8	46,8	46,6	47,0	46,6	46,2	45,5	45,6	45,4
darunter: Großbritannien	38,6	38,9	40,1	40,3	40,6	40,7	39,5	39,5	39,7
<i>Nachrichtlich: USA</i>	32,3	32,6	33,0	33,2	33,8	32,9	30,8	30,5	30,3
Direkte Steuern									
Euroraum	11,9	12,1	12,4	12,8	13,0	12,6	12,2	12,0	12,0
Europäische Union	12,9	13,2	13,7	14,0	14,2	14,0	13,4	13,2	13,2
darunter: Großbritannien	14,7	15,0	16,2	16,1	16,6	16,7	15,5	15,4	15,5
<i>Nachrichtlich: USA</i>	14,1	14,6	15,0	15,3	15,8	14,9	12,8	12,6	12,5
Indirekte Steuern									
Euroraum	12,7	12,9	13,5	13,8	13,6	13,3	13,4	13,4	13,4
Europäische Union	12,9	13,2	13,7	14,0	13,8	13,5	13,6	13,6	13,6
darunter: Großbritannien	13,1	13,5	13,4	13,8	13,8	13,6	13,7	13,6	13,5
<i>Nachrichtlich: USA</i>	8,0	7,8	7,8	7,7	7,7	7,7	7,7	7,6	7,6
Sozialbeiträge									
Euroraum	17,6	17,5	16,4	16,4	16,2	16,1	16,0	16,1	16,0
Europäische Union	15,8	15,5	14,6	14,5	14,3	14,3	14,2	14,4	14,3
darunter: Großbritannien	7,4	7,4	7,5	7,3	7,6	7,6	7,5	7,9	8,1
<i>Nachrichtlich: USA</i>	7,2	7,1	7,1	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2	7,1

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

Quelle: Europäische Kommission (einschließlich der Prognose).

DIW Berlin 2003

Wie in Großbritannien und den USA haben die Steuerreformen in der EWU zu einer Senkung des Anteils der direkten Steuern am Steueraufkommen geführt – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß. Innerhalb der direkten Steuern vollzog sich eine nicht unproblematische Strukturverschiebung. Der internationale Steuerwettbewerb hat in den letzten zehn Jahren in einer Reihe von EWU-Ländern verstärkt dazu geführt, die Unternehmenssteuern, insbesondere die Körperschaftsteuer, zu senken und die direkten Steuern und Abgaben auf die persönlichen Einkommen zu erhöhen. Dies hat den privaten Konsum relativ belastet. Hingegen blieb die erhoffte Zunahme der Unternehmensinvestitionen aus. Um die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, wird vielfach die Erhöhung indirekter Steuern erwogen. Auch dies wirkt verbrauchsdämpfend. Die in beiden Fällen daraus resultierende Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Wachstums drückt auf die staatlichen Einnahmen und erzwingt Ausgabenkürzungen. Am Ende steht eine Absenkung des Niveaus staatlicher Leistungen. Es ist Aufgabe der Europäischen

Union, den Steuersenkungswettbewerb im Bereich der Unternehmenssteuern mittelfristig durch internationale Vereinbarungen einzugrenzen.

Erstes Anzeichen für eine Absenkung staatlicher Leistungen ist, dass der Anteil der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in der EWU, der sich von 1970 bis zum Beginn der 90er Jahre fast halbiert hat, seitdem bei nur noch rund 2,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verharrt. Nimmt man den Anteil der öffentlichen Bruttoanlageinvestitionen an den Staatsausgaben, fällt der Vergleich noch drastischer aus: Er ist seit 1970 von rund 12 % auf gut 5 % gesunken.

Insgesamt hat sich die staatliche Ausgabenquote seit ihrem Tiefpunkt zum Ende des Konjunkturaufschwungs im Jahre 2000 allerdings wieder merklich erhöht (Tabelle 3). Dies ist insbesondere auf das Wirken der automatischen Stabilisatoren, konkret vor allem auf die höheren staatlichen Ausgaben aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Tabelle 3

Staatsausgaben¹ in den Ländern der Europäischen Union

In % des Bruttoinlandsprodukts

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtausgaben des Staates									
Euroraum	51,6	50,2	49,4	48,9	47,1	48,2	48,4	48,6	48,3
Europäische Union	51,0	49,3	48,3	47,7	45,7	47,1	47,4	47,8	47,6
darunter: Großbritannien	43,0	41,1	39,8	39,1	36,7	39,9	40,7	41,9	42,2
<i>Nachrichtlich: USA</i>	34,6	33,6	32,7	32,5	32,3	33,4	34,2	35,3	34,9
Konsumausgaben									
Euroraum	20,5	20,3	19,9	19,9	19,9	20,1	20,3	20,4	20,3
Europäische Union	20,7	20,3	19,9	20,0	20,0	20,2	20,6	20,8	20,7
darunter: Großbritannien	19,3	18,4	18,0	18,5	18,7	19,3	20,0	20,7	20,7
<i>Nachrichtlich: USA</i>	15,0	14,6	14,3	14,4	14,6	15,1	15,6	16,4	15,9
Soziale Leistungen²									
Euroraum	17,7	17,6	17,1	17,0	16,7	16,6	17,0	17,3	17,2
Europäische Union	17,4	17,1	16,6	16,4	16,1	16,1	16,4	16,6	16,6
darunter: Großbritannien	14,8	14,4	13,7	13,4	13,3	13,7	13,5	13,4	13,4
<i>Nachrichtlich: USA</i>	11,6	11,3	11,0	10,7	10,6	11,3	12,1	12,4	12,6
Gezahlte Zinsen									
Euroraum	5,7	5,1	4,8	4,2	4,0	3,9	3,7	3,6	3,5
Europäische Union	5,5	4,9	4,6	4,0	3,8	3,6	3,4	3,3	3,3
darunter: Großbritannien	3,7	3,7	3,6	2,9	2,8	2,4	2,0	2,0	2,1
<i>Nachrichtlich: USA</i>	4,7	4,5	4,3	3,9	3,7	3,4	3,0	2,9	3,0
Bruttoanlageinvestitionen									
Euroraum	2,6	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5
Europäische Union	2,5	2,2	2,3	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4
darunter: Großbritannien	1,5	1,2	1,2	1,1	1,1	1,2	1,3	1,7	1,9
<i>Nachrichtlich: USA</i>	2,5	2,6	2,6	2,7	2,7	2,8	2,8	3,4	3,4

¹ Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.² Ohne Sachleistungen.

Quelle: Europäische Kommission (einschließlich der Prognose).

DIW Berlin 2003

Defizite steigen

Die laufenden Finanzierungsdefizite der öffentlichen Haushalte nehmen zumindest in diesem Jahr weiter zu; zwangsläufig verschärft sich damit die Konsolidierungsproblematik erneut. Für den Euroraum insgesamt wird das Defizit bei 2,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Damit nähert es sich der „kritischen“ Grenze der Maastricht-Kriterien. Allerdings wird die Defizithöhe

in starkem Maß durch die großen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich bestimmt, wo diese Grenze in diesem Jahr wiederum deutlich überschritten werden dürfte. Eine Reihe kleinerer Länder weist Defizite von nur 1 % oder weniger auf. Finnland hat sogar einen deutlichen Überschuss.

Öffentliche Defizite erreichen teilweise „kritische“ Grenze

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts stellen die einzelnen Regierungen seit 1999 regelmäßig Stabilitätsprogramme auf, die als Zielvor-

Tabelle 4

Stabilitätsprogramme der Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion

	Vorgelegt im ...	Wachstumsrate des realen BIP Veränderung zum Vorjahr in %					Öffentlicher Finanzierungssaldo ¹ in % des BIP					Schuldenstand in % des BIP					
		2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006	2002	2003	2004	2005	2006	
Deutschland	Okt. 2000	2½	2½	2½	.	.	-1,0	-½	0,0	.	.	57½	56½	54½	.	.	
	Dez. 2001	1¼	2½	2½	2½	.	-2,0	-1,0	0,0	0,0	.	60,0	59,0	57,0	55,5	.	
	Dez. 2002	0,5	1,5	2¼	2¼	2¼	-3,75	-3,75	-1,5	-1,0	0,0	61,0	61,5	60,5	59,5	57½	
Frankreich	Dez. 2000	← 3,0 ² →				.	.	-0,6	-0,4	0,2	.	.	55,9	54,6	52,9	.	.
	Dez. 2001	2,5	← 3,0 ² →			.	.	-1,4	-1,0	0,0	0,3	.	56,3	55,3	53,6	51,8	.
	Dez. 2002	1,2	2,5	2,5	2,5	2,5	-2,8	-2,6	-2,1	-1,6	-1,0	58,7	59,1	58,9	58,3	57,0	
Italien	Dez. 2000	3,1	3,1	3,1	.	.	-0,5	0,0	0,3	.	.	103,5	99,6	94,9	.	.	
	Nov. 2001	2,3	3,0	3,0	3,1	.	-0,5	0,0	0,0	0,2	.	104,3	101,0	98,0	95,4	.	
	Nov. 2002	0,6	2,3	2,9	3,0	3,0	-2,1	-1,5	-0,6	-0,2	0,1	109,4	105,0	100,4	98,4	96,4	
Spanien	Jan. 2001	← 3,2 ³ →				.	.	0,2	0,3	0,3	.	.	56,6	52,8	49,6	.	.
	Dez. 2001	2,4	3,0	3,0	3,0	.	0,0	0,0	0,1	0,2	.	55,7	53,8	51,9	50,0	.	
	Dez. 2002	2,2	3,0	3,0	3,0	3,0	-0,2	0,0	0,0	0,1	0,2	55,2	53,1	51,0	49,8	46,9	
Niederlande	Sep. 2000	2,0	2,0	2,0	.	.	¼	¼	¼	.	.	50¼	48¾	46¾	.	.	
	Okt. 2001	2,0	2¼	2¼	.	.	1,0	1,0	1,0	.	.	47,7	45,0	42,0	.	.	
	Ergänzung Dez. 2001 Dez. 2002	1¼ 0,25	2½ 0,75	2½ 2,75	2½ 2,75	2½ 2,75	0,4 -0,7	0,2 -1,0	0,5 -0,7	1,0 -0,4	.	48,0 51,9	45,0 51,2	42,0 49,0	.	47,4 45,3	
Belgien	Dez. 2000	2,5	2,5	2,5	2,5	.	0,3	0,5	0,6	0,7	.	101,4	97,2	92,9	88,7	.	
	Nov. 2001	1,3	3,0	2,5	2,4	.	0,0	0,5	0,6	0,7	.	103,3	97,7	93,0	88,6	.	
	Nov. 2002	0,7	2,1	2,5	2,5	.	0,0	0,0	0,3	0,5	.	106,1	102,3	97,9	93,6	.	
Österreich	Dez. 2000	2,7	2,3	2,5	.	.	0,0	0,0	0,0	.	.	59,1	57,2	55,3	.	.	
	Nov. 2001	1,3	2,4	2,8	2,8	.	0,0	0,0	0,2	0,5	.	59,6	57,2	54,7	52,1	.	
	März 2003	0,9	1,4	2,0	2,5	2,5	-0,6	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	67,8	67,0	65,1	63,8	62,1	
Finnland	Sep. 2000	3,2	2,7	2,7	.	.	4,4	4,5	4,9	.	.	37,1	34,9	32,2	.	.	
	Nov. 2001	1,6	2,7	3,0	.	.	2,6	2,1	2,6	.	.	42,9	43,0	41,8	.	.	
	Nov. 2002	1,6	2,8	2,6	2,5	2,4	3,8	2,7	2,1	2,6	2,8	42,5	41,9	41,9	41,4	40,7	
Griechenland	Dez. 2000	5,2	5,5	5,5	.	.	1,5	2,0	2,0	.	.	96,0	90,5	84,0	.	.	
	Dez. 2001	3,8	4,0	4,0	.	.	0,8	1,0	1,2	.	.	97,3	94,4	90,0	.	.	
	Dez. 2002	3,8	3,8	4,0	3,7	3,6	-1,1	-0,9	-0,4	0,2	0,6	105,3	100,2	96,1	92,1	87,9	
Portugal	Jan. 2001	3,2	3,2	3,2	.	.	-0,7	-0,3	0,0	.	.	51,5	49,8	48,1	.	.	
	Dez. 2001	1,75	2,5	3,0	3,0	.	-1,8	-1,0	0,0	0,4	.	55,7	55,5	54,0	53,2	.	
	Dez. 2002	0,70	1,3	2,7	3,1	3,5	-2,8	-2,4	-1,9	-1,1	-0,5	58,8	58,7	57,5	55,3	52,6	
Irland	Dez. 2000	6,3	5,7	.	.	.	3,8	4,6	.	.	.	28,0	24,0	.	.	.	
	Dez. 2001	3,9	5,8	5,3	.	.	0,7	-0,5	-0,6	.	.	33,7	33,8	34,1	.	.	
	Dez. 2002	4,5	3,5	4,1	5,0	.	-0,3	-0,7	-1,2	-1,2	.	34,1	34,0	34,5	34,9	.	
Luxemburg	Dez. 2000	5,3	5,8	.	.	.	2,5	2,5	
	Nov. 2001	5,3	5,7	5,6	.	.	2,8	3,1	3,4	.	.	4,6	4,2	3,9	.	.	
	Jan. 2003	0,5	1,2	2,4	3,1	.	-0,3	-0,3	-0,7	-0,1	.	5,1	4,1	3,8	2,9	.	

¹ Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen wurden aus dem Finanzierungssaldo herausgerechnet.

² Durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2002 bis 2004 bzw. 2003 bis 2005.

³ Durchschnittliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 2002 bis 2004.

Quelle: EZB.

DIW Berlin 2003

gaben für den Konsolidierungsprozess gelten. Ein Vergleich der seit Herbst 2000 aufgestellten Programme zeigt, wie die Wachstumserwartung und im Gefolge auch die finanzpolitischen Ziele der Senkung des Schuldenstandes und der Defizite der öffentlichen Haushalte von Mal zu Mal fast ausnahmslos nach unten revidiert wurden (Tabelle 4). Dabei wurde auch der zeitliche Horizont für die angestrebte Realisierung „eines nahezu ausgeglichenen oder überschüssigen Haushalts“ weiter in die Ferne geschoben. Sollte dieser zunächst bis zum Jahre 2004 erreicht werden, so hofft man nun, dem Konsolidierungsziel bis zum Jahre 2006 nahe zu kommen. Italien, Belgien und Griechenland würden nach diesen Programmen mit ihrem Schuldenstand auch dann noch deutlich über der durch die Maastricht-Kriterien vorgegebenen Norm (60% des Bruttoinlandsprodukts) liegen.

Schon die gegenwärtige Entwicklung zeigt allerdings, dass die Programme kaum erfüllt werden dürften. So hat etwa die deutsche Regierung inzwischen ihre Wachstumserwartungen für 2003 von 1,5% auf 0,75% gesenkt – alle neueren Prognosen zeigen, dass auch diese bescheidene Rate noch zu ehrgeizig sein dürfte.³ Um die bisherigen Konsolidierungsziele zu erreichen, müsste die Finanzpolitik einen erheblich restriktiveren Kurs als geplant fahren. Damit wiederum würde sich aber der erhoffte Konjunkturaufschwung verzögern.

Die in den Stabilitätsprogrammen niedergelegten Ziele werden nun schon seit Jahren verfehlt, zum Teil sogar in zunehmendem Maße. Den ersten Anlass für eine Mahnung durch die Europäische Kommission gab Portugal. Besonders schwerwiegend ist nunmehr aber die sich abzeichnende Verfehlung der Zielgrößen für die Finanzierungsdefizite durch die großen Volkswirtschaften Deutschland und Frankreich. Hierdurch dürfte das aggregierte Defizit für den Euroraum erheblich höher ausfallen als bisher prognostiziert. Aus der Sicht von Kommission und Europäischer Zentralbank müssten gerade in diesen Ländern striktere Ausgabenkürzungen durchgesetzt werden.⁴ Dahinter steht die Auffassung, dass nur bei verminderter Staatsquote das Vertrauen in die künftige wirtschaftliche Entwicklung gefestigt werde, die Investitionsbereitschaft zunähme und schließlich ein höheres Wirtschaftswachstum auch dafür Sorge, dass mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt.

Empirisch lässt sich dies allerdings keineswegs bestätigen. Gerade die Beispiele besonders erfolgreicher Konsolidierung wie Finnland, die Niederlande oder Großbritannien zeigen, dass nicht Ausgabenkürzungen, sondern andere Faktoren ausschlaggebend waren. So verdeutlichen etwa die

Erfahrungen und Konsolidierungserfolge in Finnland, Schweden, Irland und Großbritannien, dass bei einer flexibleren Finanzpolitik – auch oder gerade bei Hinnahme teilweise mehrfach höherer Defizite als in anderen Ländern – eine raschere Konsolidierung erreicht wurde. Großbritannien ließ seine Finanzierungssalden innerhalb eines halben Jahrzehnts um etwa 10 Prozentpunkte schwanken und erreichte 1998 – nach einem Rekorddefizit nur fünf Jahre zuvor – als einzige größere Volkswirtschaft in Europa einen Haushaltsüberschuss. Vor allem die stärker antizyklisch geprägte Finanzpolitik hat dabei dazu beigetragen, das Wirtschaftswachstum mittelfristig auf höherem Niveau als in der EWU zu halten und zu stabilisieren (Abbildung 1). In Schweden betrug die Schwankungsbreite der Finanzierungssalden sogar fast 17 Prozentpunkte, und auch in Irland und Finnland waren die Schwankungen im Vergleich zur EWU insgesamt beträchtlich (Abbildung 2). In den Niederlanden, wo die Konjunkturschwankungen seit den 80er Jahren weniger ausgeprägt sind, wurden die Ausgaben in Zeiten der konjunkturellen Abschwächung nicht gekürzt; der Ausgabenzuwachs wurde aber – unabhängig von der Konjunkturlage – strikt begrenzt. Dies gelang dank einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik.⁵

Der Zielkonflikt zwischen Konsolidierung und konjunktureller Flexibilität ist inzwischen von der Kommission zumindest teilweise erkannt worden. So wurde zunächst auf dem Gipfeltreffen in Göteborg 2001 das Wirken der automatischen Stabilisatoren grundsätzlich befürwortet, wenn auch weiter durch die 3%-Grenze beschränkt. Zudem wird seit längerem diskutiert, den konjunkturbedingten Teil des Defizits aus der Analyse herauszunehmen, also das so genannte strukturelle Defizit zur Richtschnur für die Beurteilung der finanzpolitischen Kriterien heranzuziehen, um so der mittelfristigen Ausrichtung des Stabilitätspakts eher zu entsprechen. Allerdings gibt es bisher keinen allgemeinen Konsens, wie das strukturelle Defizit zu berechnen sei. Trotz dieser Unsicherheiten haben sich die EWU-Mitglieder am 7. Oktober 2002 darauf geeinigt, dass Länder mit zu hohen Fehlbeiträgen den strukturellen Finanzierungssaldo von 2003 an kontinuierlich um jährlich mindestens 0,5% des Bruttoinlandsprodukts senken müssen.⁶ Das grundsätzliche Dilemma wird damit allerdings nicht ge-

³ Vgl.: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27-28/2003.

⁴ Vgl. etwa EZB, Monatsberichte März 2001, 2002 und 2003, sowie: Paris soll Staatsausgaben kürzen. In: Handelsblatt vom 8. Mai 2003.

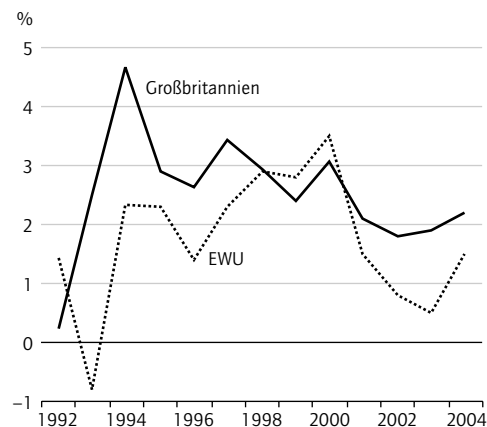
⁵ Vgl. hierzu die Abschnitte Finnland und Niederlande in: Finanzpolitik im Euroraum. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 27/2002, sowie: Großbritannien: Erfolgreiche antizyklische Wirtschaftspolitik. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 13-14/2003.

⁶ Vgl. EZB, Jahresbericht 2002, S. 58.

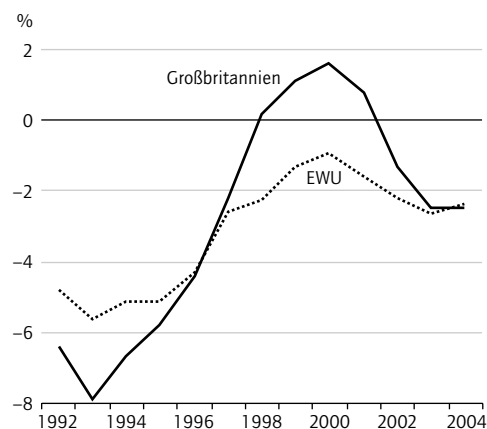
Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt und Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der EWU und Großbritannien

Reales Bruttoinlandsprodukt¹



Finanzierungssaldo²



1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
2 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht; ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin: 2003 und 2004; Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

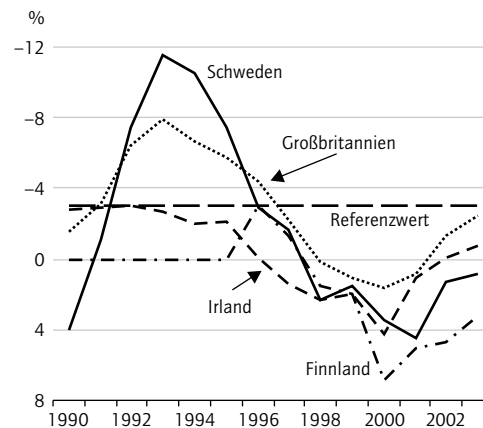
löst, denn eine solche Politik würde gegenwärtig eine Fortsetzung des prozyklischen Kurses bedeuten. Um die Problematik zu entschärfen, wurden kürzlich sogar ökonomisch absurde Vorschläge, etwa eine Ausklammerung der Militärausgaben aus dem Finanzierungssaldo, ernsthaft diskutiert.⁷

Schlussfolgerung für eine Reform des Stabilitätspakts

Eine grundsätzliche Neuorientierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts scheint unumgänglich.

Abbildung 2

Entwicklung der Finanzierungssalden in bei der Konsolidierung erfolgreichen Ländern



1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
2 In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht; ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin: 2003 und 2004; Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2003

Eine solche Neuorientierung müsste mindestens drei Elemente enthalten:

- Erstens sollte ein reformierter Stabilitätspakt im Hinblick auf seine konjunkturellen Wirkungen symmetrisch angelegt sein. Der bisherige Pakt ist hingegen asymmetrisch. In Perioden sich abschwächender Konjunktur werden die konjunkturstützenden Wirkungsmöglichkeiten durch die Maastricht-Kriterien frühzeitig begrenzt; in Perioden eines kräftigen Aufschwungs dagegen können die nationalen Regierungen kaum zu einer Begrenzung der Ausgabenexpansion über das Wirken der automatischen Stabilisatoren hinaus und damit zu stärkerer Konsolidierung veranlasst werden.
- Zweitens sollte ein reformierter Stabilitätspakt eine größere Flexibilität als bisher hinsichtlich der Einhaltung einer Obergrenze für die Defizite zulassen. Dies würde bedeuten, dass die 3%-Obergrenze abgeschafft wird.
- Drittens sollten an die Stelle der Defizitziele Ausgabenziele gesetzt werden. Dies hat das

⁷ Der Vorschlag kam zunächst aus dem französischen Verteidigungsministerium, wurde dann aber auch von italienischer, belgischer und deutscher Seite aufgegriffen. Italien schlägt darüber hinaus vor, auch die staatlichen Investitionen aus der Berechnung des Defizits herauszunehmen. Vgl.: Minister rütteln am Stabilitätspakt. In: Tagesspiegel vom 25. Mai 2003; EU-Konvent wertet Euro-Gruppe auf. In: Handelsblatt vom 26. Mai 2003.

DIW Berlin an anderer Stelle vorgeschlagen.⁸ Ausgabensteigerungen für die konjunkturunabhängigen Ausgaben sollen danach mittelfristig so festgesetzt werden, dass sie – in realer Rechnung – unter der Entwicklung des Potentialpfads der Volkswirtschaft liegen. Auf längere Sicht käme es mit der so angelegten Rückführung der Ausgabenquote automatisch zu einer Konsolidierung. Zugleich ließe sich in Abschwungphasen eine ausgeprägt prozyklische Politik vermeiden. Die notwendige Zeitspanne bis zum Erreichen eines annähernden Haushaltsausgleichs hinge damit von der konjunkturellen Entwicklung ab; sie kann sich vergrößern, wenn zwischendurch die Abgabenquote gesenkt

würde. Auch von einer solchen Konsolidierungsstrategie geht tendenziell ein restriktiver Impuls aus. In Zeiten konjunktureller Abschwächung sollte daher die Geldpolitik diesem entgegenwirken, bis die angestrebte Konsolidierung erreicht ist.

⁸ Vgl.: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 43/2002, S. 752 ff. Ökonometrische Berechnungen mit dem EBC-Modell des DIW Berlin weisen im Übrigen darauf hin, dass im Allgemeinen Ausgabenziele im Hinblick auf die Wachstumsstabilisierung effizienter als Defizitziele sind. Vgl. Tilman Brück, Andreas Cors, Klaus F. Zimmermann und Rudolf Zwiener: Stability Criteria and Convergence: The Role of the System of National Accounts for Fiscal Policy in Europe. In: AstA, Nr. 87, 2003, S. 1–19; Rudolf Zwiener und Tilman Brück: Fiscal Policy Rules for Stabilisation and Growth. A Simulation Analysis of Deficit and Expenditure Targets in a Monetary Union. Draft, 2003.

20 Befragungswellen SOEP gefeiert

Konferenz in Berlin vom 7. bis 9. Juli 2003



In diesem Jahr ist die 20. Befragungswelle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Feld. Aus diesem Grund wurde im Rahmen der SOEP Anniversary Conference, die vom 7. bis 9. Juli 2003 in Berlin stattfand, im Rathaus Schöneberg eine Feier veranstaltet. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, begrüßte an diesem historischen Ort die Teilnehmer. Auf der Konferenz präsentierten namhafte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Großbritannien, Irland, Nordamerika, der Schweiz und Deutschland die Ergebnisse ihrer Arbeiten auf der Basis von SOEP-Daten.

Außerdem wurde der SOEP-Preis 2003 verliehen, der seit 1999 von der „Vereinigung der Freunde des DIW Berlin“ (VdF) ausgelobt wird. Mit diesem Preis werden die besten Publikationen, die auf Basis von SOEP-Daten entstanden sind, ausgezeichnet. Über die diesjährigen Preisträger wird im DIW-Newsletter Nr. 2 berichtet: www.diw.de/deutsch/service/newsletter/index.html

Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte Wiederholungsbefragung von Deutschen, Ausländern und Zuwanderern in den alten und neuen Bundesländern. Die Stichprobe umfasste im Erhebungsjahr 2001 etwa 12 000 Haushalte mit mehr als 22 000 Personen. Themenschwerpunkte sind unter anderem die Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe sowie Gesundheit und Lebenszufriedenheit.

Weitere ausführliche Informationen zu dieser Konferenz finden Sie im Internet unter: www.diw.de/soep2003



Der Leiter des SOEP, Prof. Dr. Gert G. Wagner, erläutert die Entwicklung des Sozio-oekonomischen Panels. Er bezeichnete es als „Teleskop der Sozialwissenschaften“, da es – wie Teleskope den Sternenhimmel – die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung mit Akribie und auf Dauer beobachtet. Das SOEP wird dieser Daueraufgabe entsprechend auch als „Serviceeinrichtung“ im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft von Bund und Ländern finanziert.



Schmollers Jahrbuch

Journal of Applied Science Studies

Volume 123, 2003, Number 1

Proceedings of the „5th International Conference of German Socio-Economic Panel Users“

Edited by Elke Holst, Jennifer Hunt and Jürgen Schupp

VI, 233 pages, 2003 <3-428-11229-6> Euro 22.–/ sFr 38.80

The papers in this special issue of *Schmollers Jahrbuch* provide a flavour of the work being carried out by the four hundred research teams registered as users of the German Socio-Economic Panel (SOEP). They were presented at the 5th International Conference of SOEP Users, held in Berlin on 5 and 6 July 2002, and represent several fields of social science as well as many countries.

Contents

Introduction • *Ira N. Gang, John Landon-Lane and Myeong-Su Yun*: Gender Differences in German Upward Income Mobility • *Philippe Van Kerm*: On the Magnitude of Income Mobility in Germany • *Bruce Headey and Ruud Muffels*: Policy Goals and Outcomes in 'Three Worlds of Welfare Capitalism' • *Ira N. Gang and Myeong-Su Yun*: Decomposing Male Inequality Change in East Germany During Transition • *Joachim Wolff and Parvati Trübswetter*: The Speed of Leaving the Old Job. A Study on Job Changes and Exits into Unemployment During the East German Transition Process • *William T. Gallo, Jerome Endrass, Elizabeth H. Bradley, Daniel Hell and Stanislav V. Kasl*: The Influence of Internal Control on the Employment Status of German Worker • *Regina T. Riphahn and Oliver Serfling*: Heterogeneity in Item Non-Response on Income and Wealth Questions • *Jörg-Peter Schräpler*: Gross Income Non-Response in the German Socio-Economic Panel – Refusal or Don't Know? • *Jan Ondrich, C. Katharina Spiess and Qing Yang*: Changes in Women's Wages after Parental Leave • *Donald R. Williams*: Returns to Education and Experience in Self-Employment: Evidence from Germany • *Richard V. Burkhauser, Philip Giles, Dean R. Lillard and Johannes Schwarze*: Changes in the Economic Well-Being of Widows Following the Death of Their Husband: A Four Country Comparison • *Asgar Zaidi, Joachim R. Frick and Felix Büchel*: Income Risks within Retirement in Great Britain and Germany • *Sonja Drobnié*: Men's Transition to Retirement: Does the Wife Matter • *Rainer Hufnagel*: The Impact of Domestic Child Care on School Performance • *Holger Bonin, Wolfram Kempe and Hilmar Schneider*: Household Labor Supply Effects of Low-Wage Subsidies in Germany • *Nicola Fuchs-Schündeln and Matthias Schündeln*: The Savings Behavior of East and West Germans – Theoretical Predictions and Empirical Evidence • *Donald Kenkel, Dean R. Lillard and Alan Mathios*: Tobacco Control Policies and Smoking Cessation: A Cross-Country Analysis of Men

You can download articles in the Internet at www.econdoc.de or www.gbi.de for a charge of about Euro 5.20 (plus VAT) per article.

Schmollers Jahrbuch is published by

Duncker & Humblot GmbH
Postfach 41 03 29
D-12113 Berlin
Fax +49 - 30 - 79 00 06 31
www.duncker-humblot.de

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Dr. Tilman Brück (kommissarisch)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Georg Meran (kommissarisch)
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin